pressestelle@km.kv.bwl.de

Gerade noch rechtzeitig Im Dialog mit der Heimischen Rohstoffgewinnung

Sehr geehrte Frau Dr. Eisenmann,

mit großem Interesse habe ich die Pressemeldung des Industrieverbands Steine und Erden (ISTE) zu Ihrem Gespräch mit Vertretern der ISTE gelesen.

Vorweg:

Verein Lebenswertes Göggingen und Umgebung e.V.

Ich war viele Jahre zweiter Vorstand des Vereins Lebenswertes Göggingen und Umgebung e.V. Der Verein setzt sich für bessere Lebensbedingungen im Ort ein, der durch den Kiesabbau, die B311, Moto Cross und Antennenanlage schwer belastet ist, wobei ich ausdrücklich festhalten muss, dass wir per se weder gegen Kiesabbau, Moto Cross und Funkantennen sind, es muss nur in einem erträglichen Maß vorhanden sein.

<u>Flächendimensionen</u>

Göggingen ist ein ländlich geprägter Ortsteil von Krauchenwies und weist eine Gemarkungsfläche von 1237 ha aus. Seit ca. 6 Jahrzehnten findet Kiesabbau statt. Bisher wurden in drei Abbaugebieten der Firmen Valet und Ott, Baresel und Nordmoräne, die alle im Abstand zwischen 300 m und 1,5 km zum Ortsrand liegen, etwa 143 ha für den Kiesabbau ausgebeutet. Inzwischen wurden weitere 94,8 ha (Waldgebiet) für künftigen Kiesabbau genehmigt, bzw. geplant (Vorranggebiete für Abbau und Sicherung).

In der Summe ergeben alleine diese Abbaugebiete eine Fläche von 237,8 ha. Dies entspricht einer Fläche von ca. 340 Fußballfeldern (bei Faktor 0,7).

Zusätzlich wurden für das Gebiet 437-120/121 (Valet u. Ott / M. Baur) weitere 39,3 ha auf einer bisher landwirtschaftlich genutzten Feldflur (unser Offenland) vom Landratsamt Sigmaringen zum Abbau genehmigt. Das Gebiet liegt in unmittelbarer Nähe zum Wohn- und Naherholungsgebiet.

Die Fa. Baur baute bisher lediglich in Ettisweiler, nicht aber in Göggingen ab (für uns ist das ein Neuaufschluss), will jedoch mit Fa. Valet & Ott unser Offenland auskiesen.

Der Genehmigung wurde von uns, von der Gemeinde Krauchenwies, sowie von Privat widersprochen. Würde die Genehmigung rechtskräftig, ergäbe sich südlich von Göggingen eine Gesamtabbaufläche von 277,10 ha, entspricht ca. 396 Fußballfeldern oder 22,4 % der Gesamtfläche unseres Ortes! Selbst das Regierungspräsidium stellt in der raumordnersichen Beurteilung fest, dass der Ort vom Kiesabbau "überprägt" ist.

Zu Ihrem Gespräch mit dem ISTE. Grundsätzlich wäre es wünschenswert, wenn Sie zum Thema Abbau von oberflächennahen Rohstoffen beide Seiten hören würden, bevor Sie sich ein Urteil bilden. Der ISTE ist ein Lobbyverband der rohstoffabbauenden Unternehmen.

Folgende Punkte bedürfen einer Darstellung:

Recyclingmaterial.

Der PM ist zu entnehmen, dass 90 % der Baurestmassen recycelt werden und diese Masse 10 % des Neubedarfs deckt.

Aus einem Brief von Umweltminister Untersteller an Frau Bogner-Unden, MdL ist zu entnehmen, dass für die Herstellung von Beton bis zu einem Anteil von 45 % auf Recyclingmaterial zurückgegriffen wird. In 2018 fanden in Baden-Württemberg lediglich 139.000 Tonnen Recyclingmaterial dafür Verwendung. Dagegen wurden 38.000.000 Tonnen Primärrohstoff verwendet, dies entspricht gerade einmal einem Anteil von 0,366 % (vgl. Schreiben vom 17.12.2020 von Umweltminister Untersteller an Frau Bogner-Unden (MdL)).

Wenn bis zu 45 % Recyclingmaterial für R-Beton verwendet werden kann, könnte, gegenüber dem Status Quo, der Einsatz und somit der Kiesabbau und der damit einhergehende Flächenfraß erheblich eingeschränkt werden.

Es herrscht nach wie vor grundsätzlich ein hoher Flächenverbrauch und eine hohe Flächenkonkurrenz für alle möglichen Nutzungsarten. Landwirtschaftsfläche nimmt dabei tendenziell ab. Ohne der Partei "Bündnis 90 / die Grünen" anzugehören, reicht der gesunde Menschenverstand aus, um zu verstehen, dass dem Flächenfraß Einhalt geboten werden muss. Zumal dieser dem Ziel der Reduzierung des CO² Ausstoßes gegenübersteht.

Der Einsatz von deutlich mehr Recyclingmaterial und somit weniger Primärrohstoffen wird aber nur dann von der Wirtschaft umgesetzt werden, wenn das Recyclingmaterial günstiger als die Primärrohstoffe sind. Durch weiterhin viele neue Genehmigungen zum Abbau von Primärrohstoffen wird dieses Ziel nicht erreicht, sondern konterkariert. Die Bauwirtschaft müsste durch Abgaben auf Primärrohstoffe, somit einhergehend mit einer Verteuerung dieses Materials, dazu gedrängt werden, den Einsatz von Recyclingmaterial zu erhöhen. Solange der Einsatz von Primärrohstoffen günstiger als die Verwendung von Recyclingmaterial ist, wird dies nicht geschehen, werden die Abbauraten und somit der Rohstoffverbrauch nicht reduziert werden. Das Vorkommen von Primärrohstoffen ist jedoch endlich!

Kiesexport

Aus dem oberschwäbischen Raum wird eine große Menge Kies nach Österreich und in die Schweiz exportiert, das den Abbau des endlichen Rohstoffes zudem beschleunigt. Selbst dem Regionalverband Bodensee Oberschwaben ist die exportierte Menge inzwischen ein Dorn im Auge, fanden schon Gespräche mit dessen Verbänden statt, um den Export möglichst zur reduzieren. Wenn Sie im Kontext mit dem Abbau von oberflächennahen Rohstoffen fordern, "nach der Corona-Pandemie würden Themen wie Daseinsvorsorge und internationale Lieferketten an Bedeutung gewinnen", liest sich dies so, als würden Sie diesen Export dieses Rohstoffes noch forcieren wollen.

<u>Arbeitsplätze</u>

Zudem ist das Argument der Arbeitsplätze ebenfalls geschönt und entspricht dem üblichen Reflex der Industrie, mit dem Wegfall von Arbeitsplätzen zu drohen. Im Tief- und Hochbau sind tatsächlich viele Arbeitsplätze vorhanden. Beim Abbau von oberflächennahen Rohstoffen ist dies aber nicht der Fall. In Kiesgruben arbeiten nur wenige Menschen, es kommt dafür großes und schweres Gerät zum Einsatz.

<u>Gewerbesteuer</u>

Im Zusammenhang mit den Arbeitsplätzen ist es zudem angebracht, die Gewerbesteuer zu thematisieren. In den Gruben arbeiten nur wenige Menschen, die Verwaltung sitzt meist weit weg, auf jedem Fall nicht in der Gemeinde. Da Gewerbesteuer aus dem Gewinn und nach der üblichen Rechnungsarithmetik nach der Lohnsumme auf die Gemeinde mit Sitzen des Betriebes verteilt wird,

verbleibt in den Gemeinde, in der der Kiesabbau und somit die daraus resultierende Belastung stattfindet, verhältnismäßig nur "Brosamen" aus der Gewerbesteuer.

Vorbildliche Renaturierung

Sie loben die vorbildliche Renaturierung und Rekultivierung von Abbaustätten. Sie können sich in Göggingen bei einem vor Ort Termin gerne vom Gegenteil überzeugen. Die Unternehmen kommen ihren in den Abbaugenehmigungen vorgegebenen Rekultivierungen nicht oder deutlich ungenügend nach. Dies räumt die Kiesindustrie in Göggingen auch ein, geändert hat sich aber noch nichts. Auch, weil die Rekultivierung nur unzureichend vom Landratsamt überwacht wird. Das Landratsamt verweist darauf, dass neue Abbaugenehmigungen strengere Auflagen hinsichtlich Rekultivierung beinhalten, was aber faktisch nicht der Fall ist.

Bürgerbeteiligung, demokratische Entscheidung, Fachwissen, und Rückgrat

Sie haben auf demokratisch getroffene Entscheidungen hingewiesen, und dass nach diesen die Bürgerbeteiligung in heutiger Form überdacht werden muss. In der Gemeinde Göggingen haben sich die Bürger in einer Unterschriftenaktion gegen den Kiesabbau im Offenland (die oben erwähnten 39,3 ha) ausgesprochen, nicht gegen die 94,8 ha). Der Ortschaftsrat und der Gemeinderat haben sich zudem einstimmig gegen den Abbau dieses Gebietes entschieden, in der Folge hat sich auch der Planungsausschuss des RVBO bei einer Enthaltung des Vorsitzenden einstimmig gegen den Abbau dieser Fläche ausgesprochen. Das Regierungspräsidium und das Landratsamt haben aber dann "Rückgrat" bewiesen, demokratisch getroffene Entscheidungen negiert und dennoch eine positive raumordnerische Beurteilung erteilt, dabei allerdings Maßgaben vorgegeben. Diese sind zwar nicht eingehalten, das Landratsamt hat dennoch eine Abbaugenehmigung erteilt. Widerspruch von Seiten der Gemeinde wurde eingereicht. Fazit: Demokratisch getroffene Entscheidungen wurden übergangen!

Fachwissen der Entscheidungsbehörden

In einem muss ich Ihnen allerdings Recht geben. Auf dem Landratsamt Sigmaringen werden die zuständigen Mitarbeiter häufig auf andere Stellen versetzt. Fachwissen und Erfahrung können sich in den wenigen Jahren auf einer Position nicht festigen.

Abschließende Frage:

Für die Bürger in Göggingen ist Ihre Haltung zum Kiesabbau hinsichtlich der anstehenden Wahl enorm wichtig. Bleiben Sie trotz der aufgeführten Fakten bei Ihrer Haltung, dass Anträge auf Kiesabbau in einem einfacheren Verfahren zügig "durchgewunken" werden sollen?

Eine Antwort vor der Wahl wäre für Sie persönlich wichtig, da wir sonst die Pressemitteilung ohne Ihre Stellungnahme an die Bevölkerung weitergeben müssten.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Veeser